

Der Euro muss weg, damit die EU gerettet wird

Die gemeinsame Währung ist ein mutiges Experiment - das gescheitert ist. Eine geordnete Euro-Auflösung wäre schmerzhaft, doch weniger traumatisch als die Massenarbeitslosigkeit in vielen EU-Ländern.

Von François Heisbourg



Foto: AFP Wie lange soll er noch unser Geld sein? Europa wird mit der gemeinsamen Währung nicht glücklich

Ich gehöre zu einer seltenen und gefährdeten Spezies: Ich bin ein europäischer Föderalist, der daran glaubt, dass die EU auf lange Sicht so tief integriert sein sollte wie Brasilien, Indien oder die USA. Trotzdem möchte ich Sie dazu einladen, über eine Auflösung des Euro nachzudenken. Denn ich bin zu dem Schluss gekommen, dass die beschlossenen Maßnahmen zur Rettung des Euro am Ende zur Zerstörung der EU führen werden.

Der Euro ist ein mutiges Experiment, das gescheitert ist. Die gemeinsame Währung sollte für Einheit, Stabilität und Wachstum in einer immer engeren Union sorgen. Stattdessen ist die EU tief gespalten – wirtschaftlich, sozial und politisch.

Das europäische Projekt hat aufgehört, eine breit angelegte, kollektive Unternehmung zu sein, es ist nur noch auf eine einzige Dimension reduziert: den Euro zu retten. Die Wähler sind sauer – entweder als Folge der endlosen Austeritätsprogramme und beängstigend hohen Arbeitslosigkeit oder weil die Bürger in den Geberländern fürchten, dass ihnen auf undurchsichtige Weise die Verbindlichkeiten der Schuldenstaaten übertragen werden.

Revolte der Wähler

Die Wahl zum Europaparlament könnte sich in eine Revolte der Wähler verwandeln. Was das Wachstum betrifft, muss die Euro-Zone zusammengenommen erst wieder den Vorkrisenstand von Anfang 2008 erreichen. Arbeitsplatzverluste und Arbeitslosigkeit, besonders die bei Jugendlichen, bedeuten, dass wir heute von einer verlorenen Generation sprechen müssen.



Foto: picture alliance / dpa Der Politologe François Heisbourg war hochrangiger Mitarbeiter im Pariser Außenministerium und steht heute an der Spitze der renommierten Denkfabrik International Institute for Strategic Studies (IISS) und des Geneva Centre for Security Policy

In Spanien, einem Land, das – anders als Frankreich oder Deutschland – vor der Krise die Maastricht-Kriterien eingehalten hatte, machen Arbeitslose ein Viertel der potenziell erwerbstätigen Bevölkerung aus – ohne dass es einen Schwarzmarkt gäbe, der den Schock abfedern könnte.

Mancher wird einwenden, dass nichts davon durch den Euro per se verursacht wurde. Mein Argument ist, dass an dieser Situation die Maßnahmen schuld sind, die zur Rettung des Euro beschlossen wurden. Sie produzieren wirtschaftliche Stagnation, eine wachsende Ablehnung des europäischen Integrationsprozesses und das drohende Risiko eines Austritts Großbritanniens aus der EU, was schwere strategische und politische Konsequenzen hätte.

Als es den Euro noch nicht gab, machten es die nationalen Abwertungen oder Anpassungen mit den entsprechenden Folgen für die Zinsen viel weniger schmerzhaft, mit der Tatsache umzugehen, dass die einzelnen EU-Länder verschiedene wirtschaftliche Charakteristika haben, ohne damit eine existenzielle Gefahr für den europäischen Integrationsprozess heraufzubeschwören.

Die Briten zeigen, dass es geht

Das war keine ideale Situation, aber es war wirtschaftlich und politisch viel weniger schädlich als die jetzige Situation – sowohl für die EU als Ganzes als auch für jedes Land alleine genommen. Das Beispiel großer Wirtschaftsnationen, die nicht in der Euro-Zone sind, wie Großbritannien, Polen oder Schweden, zeigt, dass eine solche Situation durchaus vereinbar ist mit einem gut strukturierten, gemeinsamen Markt. Ein geordnetes Aufbrechen des Euro würde darauf zielen, eine Situation wiederherzustellen ähnlich der, die diese drei Länder außerhalb der Euro-Zone genießen.

Ich behaupte nicht, dass die Auflösung des Euro eine großartige Idee ist. Sie ist, um Churchills Definition der Demokratie zu paraphrasieren, die schlechteste Lösung –

ausgenommen alle anderen. Alternativen sind entweder nicht zu haben oder absolut katastrophal.

Ich selbst würde immer den Föderalismus bevorzugen. Aber ein Föderalismus mit einer nachhaltigen und effektiven einheitlichen Währung für einen ganzen Kontinent mit sehr verschiedenen wirtschaftlichen Situationen erfordert eine starke föderale Steuerbasis (mehr als zehn Prozent des BIP), substanzielle Sozialtransfers und politisch legitimierte, handlungsfähige Institutionen.

Das ist es, was den USA den Dollar ermöglicht (man vergleiche nur Alaska und Alabama), was Indien die Rupie erlaubt (man denke an das globalisierte Maharashtra und das verarmte Bihar) oder was Brasilien der Real ist (das reiche São Paulo ist ganz anders als der bitterarme Nordosten). Als Konsequenz daraus werden nicht föderale Verbindlichkeiten – man denke an die Verschuldung von Detroit – auch nicht auf die Bundesebene verlagert.

Noch nicht reif für wahren Föderalismus

In der Euro-Zone machen wir das genaue Gegenteil: Es gibt keine nennenswerte föderale Steuerbasis, keine starke europäische Exekutive oder Legislative, dafür einen versteckten Transfer der Verbindlichkeiten eines Landes auf die europäische Ebene. Aber wehe dem Politiker, der in Krisenzeiten eine neue EU-Steuer von zehn Prozent fordern würde, die den unterdurchschnittlich arbeitenden Institutionen in Brüssel zur Verfügung gestellt werden sollte!

Da überrascht es nicht, dass es zurzeit in keinem der EU-Länder eine Initiative für einen europäischen Bundesstaat gibt. Es wird vieler Jahre des Wachstums und einer gründlichen Umgestaltung der EU-Institutionen bedürfen, bis ein Föderalismus im vollen Sinne Thema einer allgemeinen politischen Debatte werden kann.

Die Alternative wäre eine katastrophal Implosion des Euro. Während der Jahre 2010 bis 2012 wäre es fast schon dazu gekommen. Im Sommer 2012 hat Mario Draghi mit seiner Drohung von "Outright Monetary Transactions" (einem Aufkaufprogramm von Staatsanleihen) das finanzielle Pendant zur nuklearen Abschreckung erfunden. Das hat den Euro für eine Weile gerettet.

Diejenigen Akteure auf den Finanzmärkten, die schon auf das Ende des Euro gewettet hatten, haben sich schwer die Finger verbrannt und werden zögern, dies ein weiteres Mal zu tun. Dennoch: Da die zuvor beschriebenen föderalen Strukturen fehlen, wird der Euro früher oder später erneut an den Rand des Abgrundes torkeln.

Drei Stufen zur Auflösung

Gerade weil uns die EZB Zeit erkaufte hat, sollten wir ernsthaft eine geordnete Auflösung des Euro erwägen, in einer ehrlichen und offenen akademischen wie demokratischen Debatte. Mein Vorschlag ist dreistufig, aber es mag andere und bessere geben.

Am Anfang stünde die Ersetzung des Euro durch die nationalen Währungen auf Initiative von mindestens Frankreich und Deutschland, denn kein Land – und schon gar nicht Deutschland – wird alleine die politische Verantwortung schultern wollen für einen so unerfreulichen Schritt wie die Anerkennung des Scheiterns unseres Euro-Projektes.

Die kurzfristige Schöpfung des Real in Brasilien (ein Land so groß wie die EU der 28 Mitgliedsstaaten) ist ein Beispiel für eine kontinentale De- und Remonetarisierung. Die friedliche Spaltung der tschechischen Krone war ein erfolgreicher Fall eines Abschieds von einer gemeinsamen Währung in Europa.

Scheitern ist nie eine schöne Erfahrung

Als Zweites, nach einer Periode der Kapitalkontrolle, während derer mithilfe der Zentralbank neue Umrechnungskurse ermittelt würden, könnte das einstige System des europäischen Wechselkursmechanismus wiedereingeführt werden.

Schließlich – als Versuch, in gewisser Weise politisch das Gesicht zu wahren – würde man den Euro als gemeinsame Verrechnungseinheit beibehalten, was der Rolle des alten Ecu entspräche.

Nichts von dem wäre glorreich. Ein Scheitern zuzugeben ist nie eine schöne Erfahrung. Wie geordnet auch immer eine Auflösung des Euro abgewickelt würde, sie wäre schmerzhaft und gefährlich, und sie sollte nicht ins Auge gefasst werden ohne ein starkes Paket struktureller Anpassungen, besonders für mein eigenes Land.

Dennoch ist mein Vorschlag weniger riskant als eine Rückkehr zu der waghalsigen Politik der Jahre 2010 bis 2012 und weniger traumatisch als die tief verwurzelte Massenarbeitslosigkeit, die in weiten Teilen der Euro-Zone herrscht. Und er bietet die Hoffnung, die Union zu retten und ihr ein Comeback zu ermöglichen.

Aus dem Englischen von Rainer Haubrich